Liberales
aus dem
Rat der Stadt Hilden

Freie Demokraten
Ratsfraktion Hilden FDP

Endlich Corona-Hilfsfonds!

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich Ihnen die neu aufgelegte Info-Broschüre der Hildener Freien Demokraten präsentieren zu können.
In den 80er Jahren erschien die erste Ausgabe dieser Art als Printmedium. An diese gute Tradition wollen wir heute wieder anknüpfen.

Aufgrund der Corona-Pandemie kann der beliebte Stammtisch „FreidenkerClub" der FDP Hilden zurzeit nicht stattfinden. Aus dem gleichen Grund musste unser traditioneller Neujahrsempfang ausfallen.

Gleichwohl möchten wir unsere aktive Arbeit im Rat der Stadt und in den Fachausschüssen ungefiltert an Sie transportieren!
Unsere neue, nun seit einigen Wochen sehr aktive Ratsfraktion ist ein starkes Team bestehend aus jungen, hoch motivierten, wie auch langjährig erfahrenen Kommunalpolitikern. Dieses Team möchte Sie mit diesem Newsletter, im digitalen Format wie auch als Print, bis zu dreimal jährlich über die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen in unserer Stadt informieren.

Durch die Kommunalwahl im September 2020 gelang es einen Wechsel an der Spitze der Stadtverwaltung herbeizuführen. Mit überragender Mehrheit sprachen die Hildener Bürger Dr. Claus Pommer ihr Vertrauen aus und wählten ihn zum Bürgermeister. Dies gelang nicht zuletzt mit Hilfe eines starken Unterstützerbündnisses von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgeraktion und FDP. Im Vorfeld verständigten sich die Bündnispartner auf Kernthemen, die für die Entwicklung der Stadt von elementarer Bedeutung sind. Dazu gehörte unter anderem der Verzicht auf die Hinterland-Bebauung der Hofstraße 150. Die CDU hielt sich leider nicht an diese Vereinbarung und so wurde mit der Stimmenmehrheit von SPD/CDU die Aufstellung eines B-Plans beschlossen. Das ist nicht nur Wortbruch gegenüber den Bündnispartnern sondern auch gleichzeitig der grobe Bruch eines CDU-Wahlversprechens gegenüber den Bürgern und verhindert den gewünschten Politikwechsel.

Rudolf Joseph, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten in Hilden

Eine positive Entwicklung in unserer Stadt ist die Umsetzung des lange verhandelten Corona-Hilfsprogramms für die Hildener Wirtschaft, welches am 13. Januar 2021 in einer Sondersitzung des Rates der Stadt Hilden beschlossen wurde.

Lesen Sie hierzu unseren Bericht auf den Innenseiten 2 und 3.

Weitere Kurzmeldungen finden Sie auf Seite 4, wie zum Beispiel zur Schulentwicklung in unserer Stadt und die Chancen zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes „Im Hock".

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen! Für Anregungen und Kommentare finden Sie bei uns immer ein offenes Ohr. Lassen Sie uns gemeinsam die letzten Meter dieser schrecklichen Pandemie durchstehen. Achten Sie auf sich und Ihre Mitmenschen und bleiben Sie bitte gesund!

Mit besten Grüßen
Ihr Rudi Joseph

Inhalt

Editorial des Fraktionsvorsitzenden Rudolf Joseph

Bericht über die Rats-Sondersitzung des Corona-Hilfsprogramm für Hilden

Kurznachrichten:

Schulentwicklung in unserer Stadt

Chancen zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes „Im Hock"

Impressum:
FDP Hilden
Telefon: 02103 – 39 66 56
E-Mail: info@fdp-hilden.de
www.fdp-hilden.de

Redaktion:
Uwe Gramminger, Ilka Sobirey, Yannick Hoppe, Rudolf Joseph

Gestaltung und Druck:
Joseph & Joseph GmbH, Hilden

Rats-Sondersitzung beschließt am 13.01.2021 Corona-Hilfsprogramm für die Hildener Wirtschaft

Thomas Remih, Vorsitzender des „Corona Runden Tisches"

Im Januar ist nach acht Monaten Verhandlungsmarathon endlich der Durchbruch gelungen.

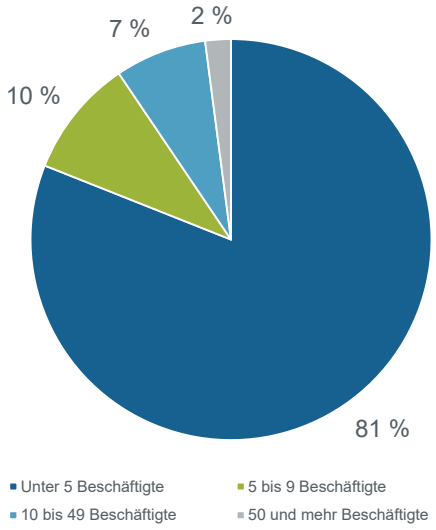
Federführend über den Vorsitz des „Corona–Runden Tisches", durch FDP-Ratsherr Thomas Remih, wurde eine parteiübergreifende Lösung für den Corona-Hilfsfonds durch Mehrheitsbeschluss in der Ratssondersitzung erzielt.
Nach intensiven Vorgesprächen gemeinsam mit dem Bürgermeister Herrn Dr. Pommer, dem Verwaltungsvorstand und den Vertretern der anderen Fraktionen, hatte man sich auf ein Paket in Höhe von 500 Tsd. EUR für die sogenannten KMUs (kleinen mittelständischen Unternehmen) verständigt. Die betroffenen Mittelständler sollen einmalig 2.750 EUR bis spätestens 31.03.2021 beantragen können. Dies entspräche ca. 180 Unternehmen aus Hilden, denen dieser Zuschuss gewährt werden kann.

Die Vertreter der Bereiche Kultur, Sport und Soziales sollen in einem separaten „Runden Tisch" gemeinsam mit der Verwaltung und der Politik Lösungsmöglichkeiten für deren aufkommende Finanzengpässe erarbeiten. Eine entsprechende Pressemitteilung war bereits mit diesen Eckpunkten von allen Fraktionen (ohne AFD, die den Hilfsfonds ablehnt) und der Verwaltung abgestimmt und an die Presse verschickt worden.

Leider haben sich die Fraktionen der SPD und der CDU in der darauf folgenden Ratssitzung nicht an die ursprüngliche Vereinbarung gehalten.

Die SPD legte gegen Mittag vor der Ratssitzung einen Änderungsantrag vor und wollte das abgestimmte Finanzvolumen für die kleinen mittelständischen Unternehmen auf 250 Tsd. EUR halbieren um die andere Hälfte sofort für die Bereiche Kultur,

Mittelstand nach Beschäftigten 2019



Quelle KfW-Mittelstandspanel 2020.

Soziales und Sport auszuschütten. Das aus FDP-Sicht ohnehin schon sehr geringe Budget für die KMUs wäre dann noch einmal halbiert worden und hätte maximal 90 Unternehmern zur Verfügung gestanden. Einen Antrag, den FDP, Grüne, BA und die Allianz so nicht stehen lassen konnten. Nach intensiver Debatte — mit Sitzungsunterbrechung auf Seiten der SPD — wurde der Antrag der SPD abgelehnt.

Dies führte bei der späteren Abstimmung über den Hilfsfonds dazu, dass sich die gesamte SPD-Fraktion mit ihrer Stimme enthielt.
Nun kam die Stunde der CDU, die gleich drei Änderungen durchsetzen wollte:

- Ersetzen des Wortes „Betriebskosten" durch „Kosten"
- Einsetzen einer Gewinn-Obergrenze von 25 Tsd. EUR für die betroffenen Unternehmen
- Corona-Hilfsfonds nur für eine Unternehmensgröße von max. 5 Vollzeitbeschäftigten

Die Freien Demokraten konnten letztlich die CDU in der darauf folgenden Debatte davon überzeugen, dass man sich der Benchmark des sogenannten KfW-Panel für KMUs anschließt und die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten von 5 auf 10 Mitarbeiter erhöht (dies entspräche ca. 90% aller mittelständischen Unternehmen), um so möglichst vielen kleinen mittelständischen Unternehmen die Chance auf den Hilfsfonds zu gewähren. Auch hier wurde die Ratssitzung zwecks Beratungsbedarf noch einmal für 30 Minuten unterbrochen.

Nicht verhindert werden konnte die von der CDU beantragte sogenannte Gewinn-Obergrenze, obwohl die FDP darauf hingewiesen hatte, dass viele kleine Mittelstandsunternehmen, die die Corona-Soforthilfe in Höhe von 9 Tsd. EUR bzw. von 15 Tsd. EUR im Jahr 2020 erhalten haben, diese größtenteils im Jahr 2021 wieder zurückzahlen müssen. Faktisch handelt es sich deswegen nicht um zusätzliche „Mehreinnahmen". Dieses Argument für die kleinen mittelständischen Unternehmer fand bei der CDU kein Gehör.

Den ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung, die Gewinn-Obergrenze für das Jahr 2020 bei 100 Tsd. EUR festzusetzen, sowie den später in der zweiten Sitzungsunterbrechung verabredeten parteiübergreifenden Kompromiss von 50 Tsd. EUR hätte die FDP noch mitgetragen. Der aus FDP Sicht mittelstandsfeindliche CDU-Antrag allerdings war nicht zu akzeptieren. So stimmte die FDP als einzige Fraktion gegen die CDU-Gewinn-Obergrenze.

Infokasten

Kompromissbeschluss:

- Gesamtbudget für den Hilfsfonds: 500.000 EUR
- Antragszeitraum: bis spätestens 31.03.2021 / Online-Antrag über die Stadtverwaltung
- Antragsberechtigt: KMUs mit bis zu 10 Vollzeit-Mitarbeitern äquivalent (d.h.: Teilzeitbeschäftigte werden entsprechend mitberücksichtigt)
- Hauptsitz des beantragenden Unternehmens muss Hilden sein.
- Einmal-Betrag in Höhe von 2.750 EUR für berechtigte Unternehmen / Unternehmer
- Gewinn-Obergrenze für das Geschäftsjahr 2020: 25 Tsd. EUR
- Der Hilfsfonds ist ein Beitrag zur Gewährleistung der erweiterten Grundversorgung der Hildener Bevölkerung auch nach der Covid-19-Pandemie.

Der Link zum Hilfsprogramm:
www.hilden.de/corona-hilfe

Service-Telefon: 0 21 03 - 72 205
oder 0 21 03 - 72 221

Abstimmungsergebnis zum Corona-Hilfsprogramm

CDU, FDP, Grüne, BA, Allianz und Linke stimmten mit Ja

SPD enthielt sich

AfD stimmte mit Nein

Vor kurzem geschlossene Geschäfte in Hilden

Aktuell, 14 Tage nach Ratsbeschluss, wurden bereits über 60 Anträge eingereicht. Dieses Ergebnis spricht eine eindeutige Sprache und verdeutlicht die Berechtigung des Corona-Hilfsfonds.

Fazit:
Zu viele Köche verderben den Brei! Die Freien Demokraten hätten sich für die KMUs eine Einmalzahlung in Höhe von 5.000 EUR gewünscht und ein Budget in Höhe von 1 Million EUR.
Die Finanzierung für diesen Hilfsfonds hätte man zu 50% aus dem Bürgersparbuch und zu 50% aus einem Sonderkredit für Pandemie-Notfälle, der auf 50 Jahre tilgbar wäre, bestreiten können.
Diese Finanzierung würde keine dramatische Belastung für den städtischen Haushalt darstellen, wie es immer wieder von Gegnern des Hilfsfonds behauptet wird. Es wäre aus Sicht der FDP vor allem ein Zeichen an die wichtigsten Gewerbesteuerzahler gewesen, dass man als Stadt in einer Krisensituation eine schnelle, unbürokratische und angemessene Hilfestellung zur Verfügung stellt. Diejenigen, die unser Gemeinwohl jahrelang unterstützt und mitfinanziert haben, sollen in einer Ausnahmesituation auch Hilfe erfahren dürfen.

Leider ist Kommunalpolitik ein Kompromissgeschäft (es sei denn, man hat die absolute Mehrheit), aber nicht jeder Kompromiss ist bekanntlich ein guter.

Das Ergebnis nach acht Monaten „Runder Tisch" macht die FDP-Fraktion persönlich sehr nachdenklich.

„Wir können nicht nachvollziehen, dass in einer Krisensituation wie bei der der Covid-19-Pandemie, bestimmte Politikerkreise nicht in der Lage sind die wichtigste Arbeitgebergruppe, die sogenannten KMUs, welche nachweislich 90% aller Erwerbstätigen im Mittelstand beschäftigt und die den größten Anteil am Gewerbesteueraufkommen für unsere Stadt Hilden leistet, zu schützen", so Rudi Joseph, Fraktionsvorsitzender der FDP.

Die FDP in Hilden wird sich weiterhin für die Mitte und den Mittelstand — dem Arbeitgeber Nr. 1 und dem Job-Motor der deutschen Wirtschaft — einsetzen.

Eine starke Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne starke Wirtschaft ist alles nichts...

Ihre FDP-Fraktion im Rat

Kurzmeldungen

Schulzentrum Gerresheimerstraße

Lösung für Verkehrschaos?

Seit Beginn des neuen Schuljahres im Spätsommer 2020 hat sich durch die Corona-Pandemie die Verkehrssituation auf der Gerresheimer Straße zwischen dem evangelischen Schulzentrum und der Theresienschule deutlich verschärft. Das ohnehin oft im Brennpunkt stehende Nadelöhr in dem sich Schulbusse, radfahrende Schüler und der morgendliche Berufsverkehr tummeln wird seit geraumer Zeit durch kurzzeitlich parkende Elterntaxis zusätzlich belastet. Die verständliche Sorge von Eltern, ihre Kinder würden sich in öffentlichen Verkehrsmitteln einer erhöhten Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus aussetzen, hat zur Folge, dass sie ihre Kinder lieber mit dem Auto zur Schule bringen. Dies führt zu einem unkontrollierten Stopp und Go vor beiden Schulgeländen. Nicht selten springen die Kinder ohne auf den Verkehr zu achten aus dem parkenden Auto und sehr häufig wird auf Elternseite mal eben schnell da angehalten wo es nicht erlaubt ist. Sei es auf dem Rad- oder Fußgängerweg, vor der Bushaltestelle — sodass der Bus nicht mehr einparken kann — oder auf dem viel zu kleinen Parkplatz der Lehrkräfte oder einfach auf der Straße. Es ist ein Wunder, dass noch nichts Schlimmeres in den Verkehrsstoßzeiten passiert ist. Die Nerven liegen blank. Ideen und Lösungsvorschläge gibt es viele, aber eine einvernehmliche Verständigung der einzelnen Parteien war aufgrund der aktuellen Situation im Lockdown nicht möglich. Die FDP-Kommunalpolitiker Oliver Wackerzapp und Luca Gerbl koordinieren in Kürze eine erste Gesprächsrunde zwischen Vertretern der Schüler, Elternschaft, Schulleitungen und der Stadtverwaltung, um gemeinsam Lösungswege zu finden. Mit einem Antrag im Schul- und Sportausschuss hat die FDP auf die gefährliche Verkehrssituation bereits hingewiesen und erste Lösungsansätze vorgeschlagen. Wir halten Sie auf dem Laufenden, sobald erste Ergebnisse zu vermelden sind.

Schulentwicklung

Kein Geld für Bildung und Betreuung?

Die großen Verlierer der aktuellen Lockdown-Situation sind zweifelsohne die Mütter. Die sich im Laufe der Jahre veränderte Familiensituation erfordert es, dass beide Elternteile berufstätig sind und die Kinder in einer Halb- oder Ganztagsbetreuung gut aufgehoben sein sollten. In Zeiten des Lockdowns, in dem Schulen geschlossen sind und homeschooling sowie homeoffice an der Tagesordnung sind, ist die Belastungsgrenze oft bereits überschritten. Das qualifizierte Betreuungsangebot von Schülern, das beiden Elternteilen die Ausübung ihres Berufes ermöglicht, um für spätere Jahre eine vernünftige Rentenbasis aufzubauen, wird deshalb immer wichtiger. Es zeichnen sich im Bereich OGATA und OGS erste Tendenzen auf Seiten der verantwortlichen Dezernatsleitung für Schulen ab, die ausgerechnet hier den Rotstift ansetzen wollen. Für die Freien Demokraten, für die eine qualitativ hochwertige Bildung, Betreuung und später auch Ausbildung essentiell für die Zukunft unserer Gesellschaft sind, wird es in diesem Bereich keine Einsparungen geben. „Die wichtigste Ressource, die unsere Gesellschaft zu bieten hat, darf schon aus Gerechtigkeit gegenüber den künftigen Generationen nicht beschnitten werden. Die skandinavischen Nachbarländer investieren doppelt so viel pro Schüler in Bildung und Betreuung wie Deutschland. Das muss der Maßstab unseres Handelns sein um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein“, so Beata Zielkens, Sachkundige Bürgerin der FDP und Mitglied im Schul- und Sportausschuss.

Gewerbegebiet „Im Hock“

Zukunftschancen!

Es ist hinreichend bekannt, dass sich die Stadt Hilden aufgrund ihrer geographischen Lage nicht weiter ausdehnen kann. Freiflächen sind Mangelware. Diese Erkenntnis gilt auch für Gewerbegebiete. In Kürze werden die aktuell noch freien Gewerbeflächen in Hilden voll belegt sein.

Jetzt ist der neue „Boss“ der Hildener Wirtschaftsförderung, Bürgermeister Dr. Claus Pommer gefordert, den Wirtschaftsstandort Hilden zukunftsfähig zu machen! Stabile Steuereinnahmen aus Gewerbe- und Anteile der Umsatzsteuer gehören zu den elementaren Einnahmequellen für den städtischen Haushalt. Die Ansiedlung neuer Unternehmen ist dringend erforderlich. Im Dezember 2020 stellte die FDP-Fraktion Hilden deshalb den Antrag an die Stadtverwaltung, mit dem Eigentümer des ehemaligen Geländes des Möbelcenters „Chic und Mit“ in Kaufverhandlungen zu treten.

Das ca. 30.000 qm große und bereits versiegelte Gelände bietet Platz für ca. 30 neue Unternehmen und die Chance weitere Arbeitsplätze in Hilden zu schaffen.

Wir erwarten ein schlüssiges Konzept von der Wirtschaftsförderung für die mögliche Entwicklung und Erweiterung des Gewerbeparks „Im Hock“.

Alle Anträge der FDP Hilden finden Sie unter: www.fdp-hilden.de/antraege